



Schleswig-Holsteinischer Landtag  
**Innen- und Rechtsausschuss**  
- L 215 -

Kiel, 9. Juni 2011  
Landeshaus  
Tel. (0431) 5300 1141  
(0431) 5300 1152  
Fax (0431) 5300 4 1180  
Innenausschuss@landtag.ltsh.de

## ***K u r z b e r i c h t***

*über die*

### ***63. Sitzung des Innen- und Rechtsausschusses***

*am Mittwoch, dem 8. Juni 2011,  
Sitzungszimmer 142 des Landtages#*

Beginn: 14:35 Uhr

Der Ausschuss nahm eine **Information des Innenministeriums und der Landespolizei zur geplanten Demonstration in Brokdorf** am Pfingstweekenende entgegen. Hieran schloss sich eine Aussprache an.

Seine Beratungen zum Gesetzentwurf zur **Neuordnung des Glücksspiels**, [Drucksache 17/1100](#), und den dazu vorliegenden weiteren Vorlagen vertagte der Ausschuss auf seine Sitzung am 15. Juni 2011.

Die Ausschussmitglieder kamen überein, die im Zusammenhang mit der **Neuordnung der Gemeindeordnung und der Kreisordnung** vorliegenden Gesetzentwürfe und Anträge ([Drucksachen 17/1335](#), [17/1000](#), [17/966](#) (neu) 2. Fassung, [17/967](#), [17/1256](#) (neu), [17/1318](#), [17/1319](#) und [17/1291](#)) bis nach der ersten Lesung des von der Landesregierung angekündigten Gesetzentwurfs zurückzustellen.

Die Geschäftsführerin des Ausschusses wurde gebeten, eine synoptische Auswertung der Ergebnisse der schriftlichen Anhörung zum Antrag der Fraktionen von CDU und FDP, **Initiative für das Ehrenamt in Schleswig-Holstein**, [Drucksache 17/1190](#) Nr. 7 und zu dem dazu vorliegenden Antrag der Fraktion der SPD, [Drucksache 17/1214](#), zu erarbeiten. Der Ausschuss nahm außerdem in Aussicht, zusätzlich eine mündliche Anhörung durchzuführen.

Die Beratungen zum Gesetzentwurf der Fraktion des SSW **für die Bibliotheken in Schleswig-Holstein (BiblG) und zur Änderung des Landespressegesetzes**, [Drucksache 17/683](#), wurden vertagt.

Der Ausschuss schloss seine Beratungen zum Antrag der Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW, **Frauen in Führung**, [Drucksache 17/690](#) (neu), ab. Der Antrag wurde nach Abstimmung seiner einzelnen Nummern dem Landtag mit den Stimmen von CDU und FDP mehrheitlich zur Ablehnung empfohlen.

Seine Beratungen zum Gesetzentwurf der Landesregierung zur **Neuregelung des Besoldungs- und Beamtenversorgungsrechts in Schleswig-Holstein**, [Drucksache 17/1267](#), vertagte der Ausschuss bis zu seiner Sitzung am 31. August 2011.

Der Ausschuss schloss außerdem seine Beratungen zum Gesetzentwurf der Landesregierung **für ein Mittelstandsförderungs- und Vergabegesetz**, [Drucksache 17/1159](#), und zu dem dazu vorliegenden Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, [Drucksache 17/1227](#), ab. Er kam überein, hierzu kein eigenes Votum abzugeben, sondern sich dem Votum des federführenden Wirtschaftsausschusses anzuschließen.

Schluss: 15:35 Uhr

gez. Dörte Schönfelder